WB-EZ-01

# Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

| | |
|---|---|
| Gremium: | Bundesvorstand |
| Beschlussdatum: | 08.03.2017 |
| Tagesordnungspunkt: | WB.WB-EZ Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt |

Die europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Diese Leistung einiger Generationen von Europäerinnen und Europäern darf nicht gefährdet werden. Leider ist sie heute wieder sehr umstritten, rechtsnationalistische Bewegungen und Parteien stellen sie ganz in Frage. Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür stehen wir Grünen. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und weiter den Weg der europäischen Integration geht. Denn die Europäische Union ist unser Zuhause.

Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen, Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. Heute ist die Europäische Union ein Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz, das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer
innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was, und lieben, wen wir wollen. Wir Grünen wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für alle erfahrbar machen.

Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit

sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Armut, Krieg und Terrorismus, Korruption und Fluchtursachen, die Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ist die demokratische Antwort auf die Globalisierung. Auch deshalb sind und bleiben wir Grünen überzeugte Europäerinnen und Europäer.

Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer, ökologischer und demokratischer machen. Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung, Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.

**Für ein starkes Europa – gegen Spaltung und autoritäre Tendenzen**

Die Wahl des überzeugten Europäers Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten von Österreich hat gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann.
Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulisten nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte und unseren European Way of Life ein.

Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende
alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen.

Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang

zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Wir wollen Europa zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige andere europäische Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir Grünen machen
uns stark für ein Europa, das zusammenhält und in dem die einzelnen Staaten und Bewohner*innen gegenseitige Solidarität zeigen. Dazu braucht es auch und gerade ein Umdenken
vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Wir glauben, dass wir Europa wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. Es kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.

**In ein ökologisches und soziales Europa investieren**

Die Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Besonders in Südeuropa sind immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Job und Perspektive. Die Große Koalition beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europas. Wir brauchen einen europäischen Paradigmenwechsel – weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen.
Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung.

Dafür schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, unseren Green New Deal für Europa. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der europäischen Wirtschaft. Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen Innovation und neue Produktionstechnologien in der Industrie, nutzen Ressourcen und Energie effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt.
Unsere Projekte sind bürgernah und gesamteuropäisch: grenzüberschreitende Bahn-, Energie-

und Datennetze, Forschung, Kulturaustausch und Jugendprogramme. Der Green New Deal wird auch
für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Junge Menschen überall in Europa sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wir über einen Zukunftsfonds, der durch Mittel aus einem europäischen Steuerpakt gespeist wird. Der Pakt schafft mehr Steuergerechtigkeit und verringert Steuerausfälle. Denn die europäischen Steuersysteme sind ungerecht. Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama-Papers zeigen beispielhaft, wie sich Superreiche und internationale Konzerne um ihren Beitrag für das Gemeinwohl herumdrücken. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller verhindert und bestraft werden. Alle in der EU ansässigen Unternehmen müssen mit einer Mindestbesteuerung rechnen. Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die bisherige Untätigkeit. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen.
Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung.

**Für mehr Transparenz, mehr Beteiligung und ein starkes EU-Parlament**

Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU
ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können. Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Für Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen abbauen. Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen
sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.

Wir fordern mehr Transparenz durch ein verpflichtendes und verbindliches Lobbyregister. Ein „legislativer Fußabdruck“ soll sichtbar machen, wer mit welchem Budget in wessen Auftrag und zu welchem Thema Einfluss auf die Politik nimmt. Für Kommissionsmitglieder und höchste Entscheidungsträger sollen striktere Karenzzeiten gelten, bevor sie in neue Positionen wechseln können.

**Die EU als handlungsfähige Akteurin in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik**

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für unsere innere und äußere Sicherheit tut. Wir Grünen setzen uns für eine stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtpolitik Russlands unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des

amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.

Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Die Europäische Union sollte mit ihrer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Europäischen Auswärtigen Dienst weiter aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der OSZE und eingebettet in die NATO, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst.

Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die internationalen Entwicklungen. Dabei geht es um die Schaffung von militärischen und politischen Synergieeffekten. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen.

Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.

Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden und Stabilität in Europa. Der Beitritt jedes einzelnen Landes muss aber weiter konsequent von Fortschritten im Beitrittsprozess abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Grünen stehen auch weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die massiven Angriffe auf Oppositionelle, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Zivilgesellschaft sowie die vorgesehene Verfassungsänderung von Präsident Erdogan hin zu einem autoritären Präsidialsystem. Die EU-Beitrittsverhandlungen liegen bereits auf Eis. Sie jetzt komplett abzubrechen würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Europa hat eine Verantwortung für seine Nachbarschaft. Das gilt ganz besonders auch für Afrika. Wir wollen neue Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika stark machen.

**Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

---

**Europäischer Investitionspakt für mehr Jobs und besseren Umweltschutz**

Wir Grünen wollen Europa mit einem Green New Deal wirtschaftlich, sozial und ökologisch voranbringen. Dafür starten wir mit einer Investitionsoffensive für ökologische Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. Damit setzen wir die europäische Jugendgarantie endlich um: Alle jungen Europäerinnen und Europäer erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz.

---

**EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen**

Wir Grünen wollen verbindliche Lobbyregister sowie einen „legislativen Fußabdruck“, der genau erfasst, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Der Rat und seine vorbereitenden Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken. Es soll eigene Gesetzesvorschläge einbringen sowie der Europäischen Kommission und ihrem Präsidenten - so wie im deutschen Bundestag - auch das Misstrauen aussprechen und sie abwählen können. Und

wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen ausbauen.

---

**Grüner Marshallplan für Afrika**

Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen
Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.

---